

Bund kilt echte trinationale S-Bahn, forciert Strassenbauwahn

Herzstück «depriorisiert», keine Haltestelle Solitude, dafür nochmals der vom Volk abgelehnte Rheintunnel. Das «Verkehr 45» setzt genau die falschen Prioritäten für die Region Basel. Diese autozentrierte Verkehrspolitik sorgt für mehr Umweltschäden, weniger Lebensqualität, bremst die Bahn aus und missachtet den klaren Volkswillen von vor nicht einmal einem Jahr.

Der vom ehemaligen Autolobbyisten und nun Bundesrat Röstli eingesetzte Prof. Weidmann konnte in seiner kurzen Analyse die Projekte nur oberflächlich beurteilen. So erstaunt es nicht, dass er seinem Auftraggeber zustimmt, obwohl der Rheintunnel weiterhin eine schlechte und schädliche Idee ist. Weiterhin ist klar, dass der Rheintunnel nur mehr Autoverkehr, mehr Umweltbelastung und mittelfristig zu mehr Staus führen wird.

Dass der Rheintunnel, trotz klarem Abstimmungsergebnis, weiterhin gebaut werden soll, zeugt von mangelndem Respekt gegenüber den Stimmberechtigten, gegenüber der Umwelt und gegenüber den Betroffenen.

Gegen 1700 Personen haben bereits die [Petition gegen den Zombie-Rheintunnel](#) unterschrieben. Diese ruft die beiden Basel auf, sich gegen den Rheintunnel einzusetzen und das klare Volks-Nein vom 24. November 2024 zu respektieren. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit in einer Demokratie.

Schiene: Basel aufs Abstellgleis

Gemäss Weidmanns Bericht soll das Herzstück nach 2045 verschoben werden und keine Vorbereitungen dafür gemacht werden. Dazu kommt, dass die wichtige Haltestelle Solitude nicht kommen soll. Sie würde mit der Roche eines der grössten Arbeitsplatzgebiete endlich mit der Schiene besser erschliessen.

Der Fokus auf Eisenbahn-Projekte in der Zentralschweiz ist offensichtlich und erklärt, wieso der wichtige internationale Güterverkehr in der Region Basel vergessen ging. Das schränkt die analytische Schärfe des Gutachtens deutlich ein.

Wir fordern die beiden Basler Kantone auf, sich klar gegen den Strassenausbau und für den Ausbau der umweltfreundlichen Eisenbahn auszusprechen. Sie müssen jetzt beim Bund die Interessen der Region Basel standhaft vertreten, damit die Region nicht leidet.

— VCS beider Basel